A3 - Bildung und Soziales Zusammen für ein gutes Zusammenleben im Kreis

Gremium: Kreisvorstand Rhein-Pfalz
Beschlussdatum: 05.11.2018

Text

… für unsere Kinder und Familien

Im Rhein-Pfalz-Kreis gibt es in den letzten Jahren eine Zunahme an Ganztagsplätzen in allen Kindertageseinrichtungen zu verzeichnen. Das ist gut so. Sie sind aber nicht ausreichend. Die Nachfrage auf Seiten der Eltern ist immer noch größer als das vorhandene Angebot. Auch bei einem zunehmenden Angebot an Ganztagsschulen hat ein Hortangebot für Schulkinder nach wie vor seine Berechtigung. Die vielerorts vorhandene „Betreuende Grundschule“ kann dies nur ansatzweise ersetzen, da die professionelle pädagogische Betreuung im Hort besser ist.

Es fehlen nicht nur wichtige Ganztagsplätze, oft sind auch die Öffnungszeiten von Kitas nicht ausreichend, um berufstätigen Eltern ein stressfreies Bringen und Abholen ihres Kindes zu ermöglichen. Der Rhein-Pfalz-Kreis betreibt zwar keine eigenen Kitas, er kann aber als maßgebliche Planungsbehörde bei den Kita-Trägern darauf hinwirken, dass die Öffnungszeiten elternfreundlicher gestaltet werden.

Viele Familien benötigen Unterstützung, die über das Betreuungsangebot in der Kindertagesstätte hinausgeht. Je früher die Hilfe einsetzt und je einfacher zugänglich sie ist, desto besser ist dies für die Kinder. In manchen Städten und Gemeinden haben Kindertagesstätten begonnen, über ihre Kernaufgabe hinaus Hilfsangebote wie Erziehungsberatung, Sozialberatung, Deutschkurse für Migranten/innen, Vermittlung von Familienpaten/innen und vieles mehr zu organisieren. Dies geht aber nur mit zusätzlichen personellen und finanziellen Ressourcen.

Daher setzen wir uns ein

- für die Schaffung weiterer Ganztagsplätze in Kitas in den Gemeinden des Rhein-Pfalz-Kreises
- für eine Förderung und einen Ausbau des Hortangebotes im Rhein-Pfalz-Kreis
- Wir legen Wert auf familienfreundliche Öffnungszeiten von Kitas. Der Rhein-Pfalz-Kreis soll zusätzliches Personal zur Abdeckung erweiterter Öffnungszeiten genehmigen. Bei weitergehendem Bedarf ist von Seiten des Jugendamtes ein Ausbau und eine Vernetzung mit einer Kindertagespflege herzustellen.
- Wir wollen bei der Vorlage der zu genehmigenden Personalveränderungen im Einzelnen - im Sinne der betreuten Kinder und der päd. Fachkräfte – zusätzliche weitere Stellenanteile einfordern, insbesondere dort wo finanziell benachteiligte Familien wohnen.
- Wir GRÜNE begrüßen die Initiativen von Kita-Trägern und Eltern, ihre Kita weiterzuentwickeln mit einem breiteren Angebot für Eltern und Familien.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Rhein-Pfalz-Kreis ein Förderprogramm auflegt zur Förderung von Kitas bei der Weiterentwicklung zu Familienzentren

... für die Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung (Inklusion)

Eltern von Kindern mit einer Behinderung müssen Wahlmöglichkeiten haben zur bestmöglichen Förderung ihres Kindes – sei es in einen Förderkindergarten/einer Förderschule oder einer regulären Kindertagesstätte/Schule. Hier sind in den vergangenen Jahren Fortschritte erzielt worden, aber es bedarf noch weiterer Ressourcen zur Förderung dieser Kinder. Insbesondere benötigen die Einrichtungen ausreichendes Fachpersonal, um arbeitsfähige Strukturen aufrecht erhalten zu können.

- Wir begrüßen die Festanstellung von besonders geschultem Personal wie Heilpädagoginnen in Kindertagesstätten und Förderlehreinnen an Schulen

... in unseren Schulen

Der Rhein-Pfalz-Kreis verfügt über sechs Realschulen PLUS, zwei Gymnasien und eine Integrierte Gesamtschule. Von den Realschulen PLUS findet nur eine Schule (Peter-Gärtner-Schule in Böhl-Iggelheim) in integrierter Form statt. An der einzigen Integrierten Gesamtschule (IGS Mutterstadt) müssen jährlich ca. 2/3 der angemeldeten SchülerInnen abgelehnt werden.

Seit vielen Jahren arbeiten an zahlreichen Schulen im Rhein-Pfalz-Kreis SchulsozialarbeiterInnen. Bei auftauchenden Problemen arbeiten sie eng mit der jeweiligen Schulleitung und den Lehrkräften zusammen, stehen allen SchülerInnen beratend zur Seite und sorgen mit für ein gutes Schulklima. Sie werden an diesen Schulen gebraucht; sie sind dort nicht mehr wegzudenken. Gleichzeitig sind dies in aller Regel nur Teilzeitstellen; die SchulsozialarbeiterInnen sind mit einer Vielzahl von Anfragen und Aufgaben überlastet.

Eine gute Ernährung ist essentiell für unsere Kinder. Immer mehr Menschen ernähren sich nicht ausreichend gesund. Zwar achtet der Kreis schon bei seinen weiterführenden Schulen auf ein möglichst ausgewogenes Angebot, auch mit regionalem und biologischem Essen. Gutes Essen ist uns aber auch etwas wert.

- Wir fordern weiterhin, dass im Rhein-Pfalz-Kreis eine zweite Gesamtschule eingerichtet wird.

- Wir werden die Anzahl der SchulsozialarbeiterInnen und deren Stellenanteile Schritt für Schritt ausweiten.

- Wir unterstützen Initiativen, die die Ernährung in Schulen optimal gestalten wollen und eine Zertifizierung der Ernährung nach DGE Standard (Sterne Zertifizierung) anstreben. Auch Schulgärten unterstützen wir und regen eine Zusammenarbeit mit den Landfrauen in der Ernährungsbildung an. Wir wollen den Anteil an regionalem und biologischem Essen in der Ernährung deutlich steigern. Als Kreis werden wir hierfür das notwendige Geld zur Verfügung stellen.

... für alle Menschen im Kreis

Die Einwohner/innen im Rhein-Pfalz-Kreis mit ihrer Lage zwischen den Städten Ludwigshafen, Speyer und Frankenthal sind – statistisch betrachtet – im Vergleich mit anderen Landesteilen sehr wohlhabend. In unmittelbarer Nähe befinden sich zahlreiche namhafte Firmen und Institutionen, die gut bezahlte Arbeitsplätze bieten.

Von der Politik leicht vergessen wird dabei der Bevölkerungsanteil mit niedrigen Einkommen. Nicht nur für MigrantInnen fehlt bezahlbarer Wohnraum, sondern auch für viele andere Menschen. Nicht nur SchülerInnen, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung brauchen den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Der bisher vorherrschenden Politik fehlt es aber am geschärften Blick auf diese alltäglichen Situationen vieler Menschen. Während es in den Städten schon seit einigen Jahren das Instrument des „Armutsberichts“ gibt, ist dies im Rhein-Pfalz-Kreis bislang kein Thema.

Wir leben in einer hoch-mobilen Gesellschaft; der Rhein-Pfalz-Kreis ist verkehrsgünstig gelegen und sowohl an das Schienennetz wie auch an das Straßennetz gut angeschlossen. Täglich pendeln Tausende von Menschen aus dem Landkreis ein und aus – zu ihrer Arbeitsstelle oder aus anderen Gründen. Hohe Mobilität hat aber ihren Preis, den nicht alle Menschen zahlen können. Selbst rabattierte Dauerkarten wie Jahres- und Monatskarten im ÖPNV sind für diese Gruppe nahezu unerschwinglich. Erst bei Personen „60 Jahre und älter“ gibt es im öffentlichen Nahverkehr eine preisgünstige Lösung beim Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN). Warum nur für diese Altersgruppe?

Der Rhein-Pfalz-Kreis und seine Gemeinden haben sich bei der Aufnahme und der Integration zahlreicher Menschen aus Syrien, Afghanistan und anderen Ländern in den zurückliegenden drei Jahren – seit 2015 – sehr engagiert. Insbesondere das Sozialamt des Kreises, die SozialarbeiterInnen in den Gemeinden und die zahllosen ehrenamtlichen Helfer und Helferinnen sind hier dankend hervorzuheben. Sie haben dabei geholfen, den zu uns geflüchteten Menschen eine Bleibe zu geben und sie bei den ersten Schritten in Deutschland zu begleiten.

- Wir setzen uns dafür ein, dass sich der Rhein-Pfalz-Kreis mit seinen Gemeinden zusammensetzt und sich erstmals einen Überblick über die Lebenssituation zahlreicher Menschen verschafft mit Hilfe eines „Armutsberichts“.

- Wir fordern, dass der Rhein-Pfalz-Kreis als Mitglied im VRN sich für die Einführung eines Sozialtickets für Geringverdiener (Arbeitslosengeld II-Empfänger, Asylsuchende, …) im Verkehrsverbund Rhein-Neckar stark macht.

Wir setzen uns für die Schaffung einer Stelle eines/einer Integrationsbeauftragten in der Kreisverwaltung ein, der/die ein Integrationskonzept erarbeitet, welches u.a. auch die Erhöhung des Migrantenanteils in der öffentlichen Verwaltung vorsieht.

Glücklicherweise werden wir immer älter, eine Entwicklung, die aber auch mehr Pflegebedürftigkeit im Alter mit sich bringt. Viele Menschen, die Pflege benötigen, wünschen sich zu Hause bleiben zu können oder zumindest wohnortnah in der Gemeinde gepflegt werden zu können. Hier helfen individuelle Wohn- und Pflegeformen in der Gemeinde anstelle eines weiteren Ausbaus großer Pflegeheime. Um die Selbstbestimmung der Menschen auch im Alter zu sichern, brauchen wir eine

gesicherte und menschenwürdige Pflege im selbst gewählten Wohnumfeld, u.a. Wohn- und Hausgemeinschaften mit umfassender Pflege.

Oft wird davon gesprochen, dass unsere Gesellschaft auseinanderdriftet. Orte der Begegnung sind ein Mittel gegen diese Entwicklung. Mehrgenerationenhäuser sind offene Begegnungsorte, in denen das Miteinander von Menschen verschiedener Altersgruppen mit unterschiedlichem kulturellem und sozialem Hintergrund aktiv gelebt werden soll. Sie bieten Raum für gemeinsame Aktivitäten und schaffen ein nachbarschaftliches Miteinander in der Kommune. In einem generationenübergreifenden Ansatz helfen Jüngere Älteren und umgekehrt. Im Mittelpunkt steht ein offener Treff, z.B. als Caféstube. Darum herum können eine Vielzahl von speziellen Angeboten entstehen wie Betreuungs-, Lern- und Kreativangebote für Kinder und Jugendliche, Weiterbildungskurse für den (Wieder-) Einstieg in den Beruf, Unterstützungsangebote für Pflegebedürftige und deren Angehörige, Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten und vieles mehr. Basis ist dabei immer das freiwillige bürgerliche Engagement. Das Mehrgenerationenhaus in Limburgerhof besteht seit 10 Jahren und ist ein gelungenes Beispiel für diese Begegnungsorte.

Wir setzen uns ein für ergänzende Pflegeangebote in den Gemeinden, die den Pflegebedürftigen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Wir setzen uns für weitere Mehrgenerationenhäuser in den Gemeinden unseres Kreises ein.